

tretende Bezirksvorsitzende bereits im Gespräch, demnächst den glücklosen Bezirkschef und Börner-Minister Willi Görlach zu beerben und damit ihre Machtposition in der SPD gehörig zu untermauern. Auf Platz vier der hessischen Landesliste abgesichert, wird sie nach dem 25. Januar 1987 als Europa-Spezialistin in den Bundestag einziehen. Ihr Straßburger Mandat will sie niederlegen.

Es war der Hannoveraner Altlinke Peter von Oertzen, der einmal sagte: „Wenn diese Partei in absehbarer Zeit mal einen weiblichen Vorsitzenden haben sollte, käme nur Heidi in Frage.“

## ASYL

### Nach Gusto

**Über Asyl spricht die Union mit gespaltener Zunge.**

Verhalten, aber unmißverständlich machte Helmut Kohl seinem Unmut über die Asylrechtsdebatte in der Union Luft. Es sei „ganz wichtig“, so der Kanzler und Parteivorsitzende am vergangenen Freitag vor dem CDU-Bundesauschuß, „daß wir das, was wir für richtig halten, den Menschen auch in der richtigen Sprache nahebringen“.

Und da sei nun „keineswegs alles nützlich und hilfreich“ gewesen, was „bis in die letzten Tage“ zum Thema gesagt wurde – Anspielung auf den Alleingang der Unionsabgeordneten Werner Broll und Hermann Fellner, die zwei Tage zuvor offen für die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl plädiert hatten.

Dann schrieb Kohl seiner Partei ins Stammbuch, was er für richtig hält. Das deutsche Asylrecht habe „seinen historischen Grund“ in der „bitteren Erfahrung der Nazibarbarei“. Für die Union bleibe es dabei: „Wer politisch verfolgt wird, muß in dieser freien Bundesrepublik seine Heimstatt finden.“

Da gab es Beifall im großen Sitzungssaal des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses. Und es klatschte auch CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger, obwohl er vor Beginn des „kleinen Parteitages“ ein Redemanuskript hatte verteilen lassen, das im Gegensatz zu den moderaten Kohl-Tönen stand. Kernsätze:

▷ „Nur wir gewähren jedem der fünf Milliarden Ausländer für den Fall seiner politischen Verfolgung – und das betrifft heute viele Millionen – ein durch unsere Verfassung garantiertes Grundrecht auf Asyl in der Bundesrepublik Deutschland.“

▷ „Nur wir geben jedem der fünf Milliarden Ausländer das Recht, sein angebliches Asylrecht vor deutschen Gerichten gegen uns durchzusetzen, was mehrere Jahre dauert.“

„Diese deutsche Sonderrolle“, so der Dregger-Text weiter, „halten wir nicht durch.“ Nur mit einem „auf eng umgrenzte Fälle politischer Verfolgung“ be-

schränkten Asylrecht könne verhindert werden, „daß unser Land zum Magnet wird für alle, die glauben, bei uns besser leben zu können als zu Hause“.

Kohl und seine Helfer waren ahnungslos. Der Kanzler hatte nach seiner Rede schon wieder neben Dregger auf der Vorstandstribüne Platz genommen, als Journalisten seinen Berater Eduard Akkermann auf den brisanten Text aufmerksam machten. Eilends brachte Akkermann das Manuskript zum Chef, der es kopfschüttelnd las.



**Kohl, Dregger**  
Konflikt vermieden

Inzwischen hatte wohl auch der Fraktionsvorsitzende gemerkt, daß ein Ungewitter drohte. Beschwichtigend redete er auf Kohl ein – und bewies dann in der Bütt seine Biegsamkeit.

Den Satz, daß sich „mit dem Zauberwort ‚Asyl‘ jeder Mensch der Erde einen mehrjährigen kostenlosen Aufenthalt in der Bundesrepublik verschaffen“ könne, mochte sich Dregger zwar nicht verkneifen. Im übrigen aber schwenkte er auf Kohl-Linie: „Ich unterstütze, was der Kanzler gesagt hat.“

Wenn auch so der offene Konflikt gerade noch vermieden werden konnte – ihre Vielzügigkeit in der Asylrechtsfrage hat die Union letzte Woche wieder eindrucksvoll demonstriert.

Da ist Kanzler Kohl, der sich in der Erkenntnis, daß weder der Koalitions-

partner FDP noch die SPD-Opposition für eine Grundgesetzänderung zu haben sind, aufs Machbare beschränkt.

Im Koalitionsgespräch am Freitagmorgen vereinbarte er mit den Liberalen, die beschlossenen Maßnahmen – vom bis zu fünfjährigen Arbeitsverbot bis zu Sanktionen gegen Fluggesellschaften, die Ausländer ohne Einreisepapiere ins Bundesgebiet schaffen – als Initiativvorschläge der Fraktionen einzubringen.

„Erst wenn das alles nichts nützt“, so der CDU-Chef kurz darauf vor den versammelten Parteifreunden, „müsse überlegt werden, ob dem „Mißbrauch des Asylrechts“ mit einem „Vorschaltgesetz“ beizukommen sei.“

Genau das freilich steht heute schon als Forderung im Entwurf des gemeinsamen Wahlkampfprogramms von CDU und CSU, das der kleine Parteitag verabschiedete: „Wir wollen... den Artikel 16 des Grundgesetzes ergänzen durch einen Gesetzesvorbehalt, der ein Ausführungsgesetz ermöglicht, das die Wahrnehmung des Asylrechts auf die wirklich politisch Verfolgten beschränkt.“

Daß diese – von der FDP, aber auch von der Evangelischen Kirche in Deutschland (siehe Seite 106) strikt abgelehnte – Grundgesetzänderung längst nicht das letzte Wort ist, hatten am vergangenen Mittwoch die innenpolitischen Sprecher Broll (CDU) und Fellner (CSU) der deutschen Öffentlichkeit vorgeführt. Beide plädierten dafür, die Grundgesetz-Bestimmung „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ durch die unverbindliche Formulierung „Die Bundesrepublik gewährt Asyl“ zu ersetzen. Damit wäre, erläuterte Broll, „das Individualrecht abgeschafft, nicht aber die Verpflichtung des Staates, politische Flüchtlinge aufzunehmen“. Und über das Ausmaß dieser Verpflichtung könne dann anstelle der Gerichte, ergänzte Fellner, ein „Prüfungsgremium oder Beschwerdeausschuß“ entscheiden – Asyl nach Gusto.

Auf Drängen des empörten Kanzlers mußten die beiden Abgeordneten schon wenige Stunden nach ihrem Auftritt eine Erklärung zu „mißverständlichen Pressemeldungen“ nachschieben: „Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht dazu, daß bei allen Diskussionen um eine Änderung des Asylrechts das im Grundgesetz garantierte Asyl für politisch Verfolgte nicht angetastet wird.“

Sogar die CSU distanzierte sich vom Parteifreund Fellner, der, so Sprecher Godel Rosenberg, ohne Absprache seine Privatmeinung geäußert habe; für die Christsozialen gälten die vom Vorsitzenden Franz Josef Strauß aufgestellten Grundsätze.

Die freilich unterscheiden sich in ihrer Wirkung kaum von den Anregungen Fellners. Auch Strauß möchte die gerichtliche Nachprüfung von Asylentscheidungen abschaffen, und sein Textvorschlag für einen neuen Grundgesetz-

# „Das Herauslocken von Flüchtlingen“

Die letzte Fahrt der „Cap Anamur II“ – mit 357 Vietnamesen nach Hamburg

Seine Brille fiel von Bord, als die „Cap Anamur II“ im Indischen Ozean in einen Sturm geriet. So kann Tran Huu Luan nur verschwommen ausmachen, was am Freitag letzter Woche gegen fünf Uhr morgens aus dem grauen Morgendunst an Steuerbord auftaucht: Einige riesige Treibstofftanks, ein Hochhaus, das ist zunächst alles, was der 19jährige Schüler aus Saigon von der Nordseeküste bei Cuxhaven sehen kann.

Wie Luan stehen die meisten der 357 Boat people, die die Cap Anamur II bei ihrer letzten Fahrt aus dem Südchinesischen Meer gefischt hat, jetzt frierend an Deck. Sie sind glücklich, nach 18 000 Kilometern auf See, nach sechs Wochen zusammengepfercht im Laderaum des Containerschiffs, endlich ihr Ziel Hamburg vor Augen zu haben.

Doch sie wissen auch: Dies ferne „Duc“ (vietnamesisch für Deutschland) nimmt sie nicht mit offenen Armen auf. Die Flüchtlinge, die haben ihnen die Betreuer vom „Komitee Cap Anamur / Initiativen Deutscher Not-Ärzte“ bei der allabendlichen „Deutschkunde“ im Laderaum klargemacht, treffen auf ein innenpolitisches Klima, in dem das Wort Asylant zum Schimpfwort gerät.

Vor dem Ende der letzten Reise des Rettungsschiffes dämpft Rupert Neudeck, der Organisator der Boat-people-Hilfe, die fröhliche Stimmung an Bord: „Das ist ein trügerisches Bild.“ Auch für ihn ist die letzte Reise des Schiffes eine Niederlage: Eigentlich hätte die Cap Anamur II noch auf einer vierten Tour vietnamesische Flüchtlinge auffischen sollen. Doch Politiker in Bund und Ländern machten ihm einen Strich durch die barmherzige Rechnung.

Während noch immer Menschen „in furchtbarer Seenot ersaufen“ (Neudeck), Piraten die Hilflosen ausplündern, die Frauen vergewaltigen oder an Bordelle in Thailand verkaufen, zankten sich die bundesdeutschen Politiker um ein gemeinsames Aufnahmeverfahren.

Vor allem die christlich-soziale Staatsregierung in München zeigte Härte. Am 23. Juli etwa, zwei Tage bevor die Cap Anamur Singapur in Richtung Hamburg verließ, verdammte das Münchner Innenministerium in einer Presseerklärung die Aktion vor Vietnams Küste: „Das – sicherlich unbewußte – Herauslocken von Flüchtlingen aus Vietnam liefert viele dem Tod auf dem Meer aus.“

So mochte das nur noch die DDR-Nachrichtenagentur ADN sehen, die klagte, daß „Asylanten“, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen aus Vietnam herausgelockt wurden, an Bord genommen“ worden seien.

In seltsamer Eintracht mit den ostdeutschen Regierenden stellten die Bayern klar, daß die Flüchtlinge „nicht aus Verzweiflung über ihr Lebensschicksal, sondern wegen der Aussicht auf eine Aufnahme in einem westlichen Industriestaat das Land verlassen“. Im Klartext: Sie seien schlechte Wirtschaftsflüchtlinge.

Und Bayerns strammem Innenminister Karl Hillermeier hätten die Sprechchöre sicher gefallen, mit denen Exil-Vietnamesen ihre Landsleute an den überfüllten Hamburger Landungsbrücken empfingen: „Nieder mit dem Kommunismus“, und: „Es lebe Vietnam.“

Schluß damit. Schluß mit humanitärem Getue. Beim Zwischenstopp in Cuxhaven erreicht die Schiffsbesatzung ein strenges Wort von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble: „Die Bereitschaft von Bund und Ländern, in diesem Fall zu helfen, darf



Bootsflüchtling Tran auf der „Cap Anamur II“: „In Gedanken frei“

Dabei waren gerade die am Freitag von der Cap Anamur Angelandeten so recht nach dem Geschmack der rechten Bayern. Luan etwa ist stolz auf seinen politischen Standort: „Wenn ich vor dem Kommunismus fliehe, werde ich in Gedanken frei.“

Ähnlich denkt Nim Thu Le, der im selben Boot wie Luan auf die See flüchtete. Der 30jährige studierte Ingenieurwesen, bis er 1979, nach dem chinesisch-vietnamesischen Krieg, wegen seiner chinesischen Abstammung verfolgt wurde. Drei Fluchtversuche endeten im Gefängnis. Der Organisation, die jetzt seine geglückte Flucht arrangierte, mußten seine Eltern umgerechnet 200 Mark im voraus zahlen. Jetzt, wo er in Hamburg ist, werden weitere 700 Mark Erfolgsprämie fällig.

nicht als Aufforderung für weitere Aktionen der Cap Anamur mißverstanden werden.“

Luan weiß bereits, wohin er will. In Dorsten wohnt sein älterer Bruder Cuong, der 1981 von der Cap Anamur I aus dem Südchinesischen Meer gefischt wurde, nicht weit entfernt von Dorsten seine 15jährige Schwester Quynh, die 1984 aus Vietnam floh.

Alle drei wollen jetzt Geld sparen, um anderen Verwandten die Flucht zu ermöglichen – vielleicht in einer Cap Anamur III.

Denn trotz aller Hindernisse wollen die deutschen Helfer im nächsten März wieder ein Rettungsschiff ins Südchinesische Meer schicken – nach den Wahlen in Bayern und im Bund.

BILDER: G. GIBRICH / G

**Wir von  
Hasler  
geben**

**zu: Auch nach 130 Jahren  
ist es uns noch nicht gelungen,  
einen Ersatz für unsere  
Schweizer  
Präzision  
zu finden.**

Hasler ist das Schweizer Unternehmen für Nachrichten-, Meß- und Sicherheitstechnik sowie Postbearbeitungs-Systeme. Wovüber möchten Sie mehr erfahren? Hasler  **Hasler**  
GmbH, Roggensteiner Straße 19, 8037 Olching, Telefon 0 81 42 / 17 91

## Nachbarschulte baut Hallen für jeden Zweck, die Ihnen nicht für immer und ewig das Grundstück verbauen.

Besonders wirtschaftliche Lösungen nach Maß: Nachbarschulte Leichtbauhallen-System ohne gesonderte Fundament-Gründungen. Hallen, die nur solange stehen, wie sie gebraucht werden. Kostengünstig zur Miete. Lassen Sie sich beraten: Nachbarschulte Hallenvermietung, Postfach 511, 4270 Dorsten, Telefon 0 23 62/30 06-7, Telex 829 512.



Name: \_\_\_\_\_  
 Firma: \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_ Sp IV/86

Artikel 16 – „Politisch Verfolgten kann nach Maßgabe der Gesetze Asylrecht gewährt werden“ – macht aus dem Grundrecht gleichfalls einen staatlichen Gnadenakt.

Helmut Kohl kann sich auf weiteren Ärger gefaßt machen. Denn CSU-Fellners Ankündigung, München plane noch diesen Monat einen Vorstoß im Bundesrat, dürfte nicht nur Privatmeinung gewesen sein. Schließlich wird am 12. Oktober gewählt in Bayern.

### DDR

#### Regen und Sonnenschein

**Die Westdeutschen locken die Ostdeutschen: Wenn die DDR weniger Asylanter passieren läßt, gibt es zum Dank zwei Abkommen und Linienflüge nach Leipzig und Dresden.**

Am Messestand des westdeutschen Chemiekonzerns BASF in Leipzig war hoher Besuch angesagt. Erich Honecker wollte während des Eröffnungsrundgangs am vorletzten Sonntag vorbeischaun. Doch zuerst kam ein Vorauskommando: DDR-Außenhandelsminister Gerhard Beil nahm BASF-Chef Hans Albers beiseite und bat ihn, seinen Chef bei der Visite nur ja nicht mit politischen Fragen zu behelligen. Honecker wolle darüber nicht reden.

So kam es, daß der DDR-Staatsratsvorsitzende und Bonns Ständiger Vertreter in der DDR sich auf dem Messestand vornehmlich übers Wetter austauschten. Hans Otto Bräutigam: „Wir wissen, daß es einige Schatten gibt. Wir möchten, daß sich diese Schatten auflösen.“ Honecker: „Heute früh, als ich in Berlin weggefahren bin, hat es geregnet. Augenblicklich ist draußen Sonnenschein. Und wie es sein wird, wenn ich hier herauskomme, weiß ich nicht.“

Seitdem rätseln professionelle Deutschland-Experten, was der SED-Chef gemeint haben könnte. Wollte er andeuten, die DDR werde künftig nicht mehr so viel Asylbewerber aus Afrika und Asien nach West-Berlin gelangen lassen? Wollte er annonciieren, er sei für westliche Asylprobleme mit seiner Staats-Fluglinie „Interflug“ nicht allein verantwortlich, weil die Sowjets per „Aeroflot“ ebenso schwunghaften Handel mit Asylreisenden treiben?

Deutschland-Politiker bewerten Honeckers Worte anders: Er habe gar nichts antworten wollen, daher die nichtssagende Wetterwendung.

Um so lauter verlangen Bonns Regierende ein Entgegenkommen der DDR. Kanzler Helmut Kohl am letzten Freitag vor dem Bundesausschuß seiner Partei: „Man darf dem Nachbarn nicht zumuten, was man nicht selber zugemutet haben möchte.“

Doch der Nachbar möchte das Problemthema nicht zum offiziellen Ge-